

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingewandindustrie, in Schmelzpfannen- und Glasereien, in Puffer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Jollerer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

<p>Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags</p>	<p>Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1</p>	<p>Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif. Arbeitsmarkt die dreispaltigen Kleinzeile 3 M. Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 M.</p>
--	---	---

Der Generalangriff auf die Arbeitslosenversicherung.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung befindet sich in schwerer finanzieller Bedrängnis. Sie wird Ende Mai mit etwa 300 bis 320 Millionen Mark an das Reich verschuldet sein. Diese Summe würde noch um etwa 120 Millionen Mark höher sein, wenn die Reichsanstalt nicht stark entlastet worden wäre durch die Sonderfürsorge bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit, für die vom Reich außer der schon genannten Zahlensumme etwa 80 Millionen Mark geleistet worden sind. In Stelle dieser 80 Millionen Mark hätte die Reichsanstalt ohne die Sonderfürsorge selbstverständlich einen höheren Betrag aufwenden müssen; denn durch die Bedürftigkeitsprüfung und besonders durch die Anrechnung der Einkommen von Familienangehörigen auf die Unterfügungen sind natürlich beträchtliche Summen gespart worden. Ohne die Sonderfürsorge würde die Reichsanstalt also mit einer Schuldenlast von mehr als 400 Millionen Mark in den Sommer hineingehen. Durch die Sonderfürsorge werden es nur etwa 300 bis 320 Millionen sein. Die Abtragung dieser Schuld in den Sommermonaten würde selbst bei vorzüglichster Konjunktur nicht möglich sein. Da die Konjunkturbedingungen aber voraussichtlich keineswegs vorzüglich sein werden, wird bestenfalls nur ein geringer Teil dieser Schuldsomme getilgt werden können. Die Reichsanstalt müßte also mit einer sehr erheblichen Schuldenlast in den nächsten Winter hineingehen, wenn ihr nicht in irgend einer Weise geholfen würde. Darüber hinaus würde ein solcher Zustand gleichbedeutend sein mit einer hoffnungslosen Zerrüttung der Finanzverhältnisse der Reichsanstalt.

Dieser Augenblick unlegbarer Schwäche der Arbeitslosenversicherung wird von den Gegnern sozialen Fortschritts ausgenutzt zu einem umfassenden Angriff. Im ganzen deutschen Wälderwald raucht es und hallt es wieder von diesem Sturm auf die Arbeitslosenversicherung. Vortrupp in diesem Kampf ist selbstverständlich die sogenannte „Wirtschaft“ und deren sich selbst so nennende „Führer“. Als Gros folgen diesem Vortrupp die der sogenannten „Wirtschaft“ hörige Presse und die von ihr abhängigen Parteien. Lediglich ist dieser Grogangriff nicht plötzlich, unermittelt losgebrochen, sondern er ist sorgfältig vorbereitet. Schon den ganzen Winter hindurch ist besonders in der unbedeutend scheinenden Provinzpresse, in den berühmtesten Kreis- und sonstigen Kreisblättern gegen die Arbeitslosenversicherung gehetzt worden. Überall und immer wieder tauchten Beispiele auf, wie Arbeiter die ihnen angebotene Arbeit ablehnten, weil sie lieber von der Arbeitslosenunterfügung ein bequemerer, sorgenfreies Leben führten. Solche Schilderungen wurden dann von einer Zeitung in die andere übernommen; und wenn diese Beispiele meistens auch für jeden Kenner der gesellschaftlichen Bestimmungen den Stempel der Eigenhaftigkeit an der Stirn trugen und meistens weder die Namen der angeblenen Schmarotzer noch die Namen der Orte erkennen ließen, wo sich solche Dinge zugetragen haben, so übten sie doch auf den Leserkreis für den sie berechnet waren, ihre Wirkung aus und erzeugten in weiten Kreisen des Volkes die Stimmung, in der nun mit einem Seufzer der Gleichgültigkeit der Generalangriff gegen die Arbeitslosenversicherung begrüßt wird.

Auf welches Ziel ist nun dieser Angriff gerichtet? Nun, die Beseitigung der Arbeitslosenversicherung wird nicht gerade verlangt, aber — nach einem Antrag der Deutschen Volkspartei im Reichstag — „ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, durch das die zahlreichen Mißstände auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung beseitigt werden.“ Zu den Mißständen gehören nach diesem Antrag, die Unterfügung während der Dauer der berufsunfähigen Arbeitslosigkeit, die deshalb beseitigt werden soll; die Arbeitslosenfürsorge für die Heimarbeitler, die deshalb „anderweitig geregelt“ werden soll. Ferner sollen Höhe und Dauer der Zahl der Versicherungsleistungen in ein bestimmtes Verhältnis gebracht werden zu der Höhe und der Zahl der Beiträge. Von der Höhe der Beiträge sind übrigens die Leistungen schon bisher abhängig, was aber in der Volkspartei an-

scheinend nicht bekannt ist. Dann wünscht die Volkspartei noch, die Regierung möge prüfen, ob der Tatbestand des Versicherungsfalles nicht zweckmäßiger umschrieben werden könne, und ob nicht für die Angestellten Erbschaften zugelassen und für die Landwirtschaft, unter Umständen auch noch für andere Berufsgruppen, besondere Einrichtungen getroffen werden könnten.

Mehr Freizeit!

Wir fordern mehr Freizeit!
 Wir, die Erzeuger jeglicher Werte,
 Wir, die Förderer aller Kultur,
 Deren Arbeit den Reichtum mehrte,
 Während die Not unsre Kraft verzehrte,
 Wir erheben die Hände zum Schwur:
 Nimmer wollen wir rasten,
 Bis des Werkbrotts Saften
 Nicht mehr das Dasein verschimmern
 Und Geist und Gesundheit verkümmern —
 Wir fordern mehr Freizeit!

Wir fordern mehr Freizeit
 Zum Schutze unserer Gesundheit,
 Zur Pflege der Gemeinschaft,
 Zur Förderung der Gesselligkeit
 Und jeglicher Bildungsmöglichkeit!
 Wir wollen mehr Freizeit
 In Namen der Gerechtigkeit
 Und echten Menschlichkeit!
 Wir fordern mehr Freizeit! —

Caese.

Soweit sich der Antrag der Volkspartei in seinem letzten Teil mit dunklen Redewendungen begnügt, erhalten wir die nötige Klarheit über die Absichten des Unternehmertums aus einem Reformprogramm der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, das ausgerechnet am 1. Mai das Licht der Öffentlichkeit erblickte. Hier wird nicht mehr „gewünscht“, sind keine „Prüfungen“ mehr nötig, sondern die „Reform“-vorschläge sind fertig und endgültig, ja, sie sind sogar „begründet“. Sie gehen von der Tatsache aus, daß die Reichsanstalt ohne die Sonderfürsorge für Saisonarbeiter ein Defizit von über 400 Millionen Mark haben würde. Und so kompliziert die Logik der Sonderlast ist, in diesem Falle ist die Unternehmerlogik einfach: 400 Millionen Mark hat die Reichsanstalt zu viel ausgegeben, um 400 Millionen Mark müssen also die Leistungen verringert werden. Dies soll erreicht werden durch folgende Maßnahmen: Alle Saisonarbeiter sollen während der Zeit der berufsunfähigen Arbeitslosigkeit aus der Arbeitslosenversicherung auscheiden. Während der andern Zeit will man ihnen gnädigst gestatten, Beiträge zu zahlen. Die Frist, während der sie auscheiden, soll von der Reichsregierung bestimmt werden, gedacht ist an 4 Monate im Jahr. Dadurch sollen jährlich 300 Millionen Mark gespart werden. Zur Begründung wird in dem Programm gesagt, daß die berufsunfähige Arbeitslosigkeit nicht als versicherungsfähiges Risiko gelten und deshalb nicht unterfällt werden könne. Arbeiter, die einen Saisonberuf ergreifen, müßten das ja vorher und könnten deshalb keinen Anspruch geltend machen. — Nun, für die Bauarbeiter, zu deren Lasten ja der größte Teil dieser 300 Millionen Mark erspart werden würde, haben wir in der von uns vorgelegten Denkschrift die „Berufsunfähigkeit“ der Saisonarbeitslosigkeit schon eingehend untersucht und dabei gefunden, daß der weitaus größte Teil der sogenannten Saisonarbeitslosigkeit auf die Konjunkturbedingungen zurückzuführen ist. Es ist nicht möglich, die umfangreichen Ausführungen zu diesem Punkt hier zu wiederholen, wir werden aber darauf achten, daß ihnen bei den entscheidenden Stellen die nötige Beachtung geschenkt wird.

Als zweite Maßnahme sollen die Heimarbeitler aus der Versicherung ausgetreten, weil das Arbeitsverhältnis zu schwer zu kontrollieren sei. Driften sollen alle Eigentümer und Pächter von Grundbesitz ausgeschlossen werden, die von diesem Grundbesitz ihren Unterhalt beziehen, auch wenn sie dauernd als Kopnarbeiter tätig sind. Wierens soll für alle Versicherten wieder die Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden. Ein Rechtsanspruch auf Unterfügung soll nicht mehr bestehen. Bei allen Versicherten sollen sowohl Einnahmen aus Besitz, Renten usw. und Einnahmen von Familienmitgliedern angerechnet werden. Wir erlauben uns, hinzuzufügen, daß dann auch die Bezeichnung „Arbeitslosenversicherung“ geändert werden müßte, denn von irgendwelcher Sicherheit, im Notfall Unterfügung zu bekommen, könnte ja dann keine Rede mehr sein. Die Beiträge wären dann nichts anderes mehr, als eine Sondersteuer zur Durchführung der sozialen Aufgaben des Staates. Dieser Gedanke einer Sondersteuer ist im gegenwärtigen Augenblick besonders reizvoll, weil andererseits denen, die in der Lage sind, die in Aussicht genommene neue Reichsanleihe zu zeichnen, außer der anständigen Verzinsung von 7% noch ganz außerordentliche steuerliche Vergünstigungen gewährt werden sollen. Wir werden vergeblich darauf warten, daß sich die „Wirtschaft“ über diese expresserische Schmarotzerakt entsetzt, die sich die Geldmonopolisten hier leisten. Als fünfte Sparmaßnahme soll der Arbeitslose, der ohne berechtigten Grund eine Arbeit ablehnt nicht nur mehr wie bisher mit 4 Wochen Unterfügungsentzug bestraft werden, sondern er soll solange keine Unterfügung erhalten, bis er durch 26 Wochen Beschäftigung in neuer Arbeit wieder einen neuen Unterfügungsanspruch erworben hat.

Das sind die öffentlich erhobenen Forderungen der Unternehmer zur Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung. Sie sind klar und brutal. Ihre Durchführung würde nicht mehr als Reform, sondern nur als Abzug bezeichnet werden können. Demgegenüber wird die Arbeiterchaft ihre ganze gewerkschaftliche Macht und all ihren politischen Einfluß mobil machen, denn sie sieht in der Arbeitslosenversicherung einen wichtigen Eckpfeiler des neuen Arbeits- und Sozialrechts, den sie unter keinen Umständen preisgeben wird. In diesem Willen wird sich die Arbeiterchaft auch nicht beirren lassen durch das Unternehmertum über die untragbare Belastung der Wirtschaft. In dieser Beziehung trennt uns nun einmal eine Welt von der Auffassung der Unternehmer. Sie tun so, als ob die Wirtschaft Selbstzweck sei, und unter allen Umständen existieren müsse, ohne Rücksicht auf das Wohlergehen der Menschen. Unausgesprochen steht allerdings dahinter der Wille, selbst die Wirtschaft zu beherrschen und sich ihre Erträge anzueignen. Alles, was sich in diesen Wirtschaftsbetrieb — wie ihn die Unternehmer auffassen — aus irgendeinem Grunde nicht eingliedern kann, das kümmert die Unternehmer nicht, das mag verkommen und verrotten oder warten bis „die Wirtschaft“ sie wieder braucht.

Die Unternehmer und ihre Presse- und Parteifreunden müssen aber begreifen, daß die Arbeiterchaft eine andere Auffassung über das Wesen und den Zweck der Wirtschaft hat. Die Wirtschaft muß im Dienste der Menschen stehen, nicht umgekehrt. Sie kann nur den einen Zweck haben, die Lebensbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Für eine Wirtschaft, die diese Aufgabe nicht oder nur sehr schlecht erfüllt, kann von der Arbeiterchaft keine besondere Hochachtung erwartet werden, und die Wirtschaft verliert für die Arbeiterchaft vollends jeden Sinn, wenn sie nicht einmal die Aufgabe haben soll, die Existenz aller Glieder des Volkes zu sichern. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachten wir auch die Arbeitslosenversicherung und die Reformvorschläge der Unternehmer. Es sei offen ausgesprochen, daß wir alle Warnungen vor weiteren Belastungen der Wirtschaft für dummes Gerede halten. Es gibt keine anderen Quellen für die Existenzmittel des Volkes und seiner Glieder die man belasten könnte, als eben die Wirtschaft; nur darf man dabei nicht nur an die Geldstränke und Bankkonten der Unternehmer denken, denn sie sind nicht die Wirtschaft, sondern nur ein winziges Teilchen davon. So gesehen spielt sich

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tischbauarbeiter: Gelpert sind in Bielefeld das Baugeschäft Sörensen. Streik ist in Klosterlausitz.

Fliesenleger: Zugang nach Rostock ist fernzubalancen. Gelpert ist in Halle das Fliesengeschäft Albert Schüge & Co. Streik ist in München.

Töpfer: In Oldenburg-Offriesland, mit den Städten Emden, Oldenburg, Vegepelt und Wilhelmshaven streiken die Ofenseher. In Leipzig ist das Ofengeschäft von Paul Gaudenreiter, Antonienstraße 11, wegen Nichtzahlung der Zahllöhne gestreikt. In Jena sind die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Strömke und Emil Widme gestreikt, in Burg bei Magdeburg Wilmann, in Essen Fischer, in Landsberg a. W. Carl Grund junior. Ferner ist Bafow i. P. für Ofenseher gestreikt.

Glaser: Gestreikt wird in Leipzig.

Koblentz. Der Kreis St. Goar ist seit 1923 nicht mehr vom Tarifvertrag erfasst worden. Die dortigen Kollegen haben zum großen Teil die Organisation der Röhrenwerke übernommen, so dass die Unternehmer die Löhne nach ihrem Gutdünken festsetzen; natürlich zum großen Nachteil der Bauarbeiter. Diesen Winter nahmen wir mit den dortigen Bauarbeitern wiederum die Verbindung auf, und es gelang uns, im Kreise St. Goar drei neue Zahllisten mit über 100 Mitgliedern zu gründen. Wir beantragten nunmehr die Zuteilung des Kreises St. Goar in den Lohn- und Arbeitsvertrag, Vertragsgebiet Rheinland. Die Unternehmer lehnten, mit Ausnahme der in der Bürgermeisterei Boppard, dies ab. Nachdem die Löhne für das Vertragsgebiet Rheinland geregelt waren, luden wir die Unternehmer zu einer Sitzung. Dort kam am 29. April eine Lohnvereinbarung zustande. Für alle Orte des Kreises, mit Ausnahme von Boppard und den Orten der Bürgermeisterei Brodenbach, die an der Mosel liegen, wurden zwei Lohnklassen geschaffen. Die erste Klasse, die die Orte am Rhein umfasst, wurde in die Lohngruppe 6, die anderen Orte wurden in die Lohngruppe 7 des Vertragsgebietes Rheinland eingruppiert, mit der Maßgabe, dass die Löhne in Klasse 1 von der ersten Lohnwoche im Mai an 1,05 M betragen, von der ersten Lohnwoche im August an 1,10 M und von der ersten Lohnwoche im Oktober an 1,18 M. In Klasse 2 betragen die Löhne von der ersten Lohnwoche im Mai an 0,99 M, von der ersten Lohnwoche im Oktober an 1,03 M, so dass also am 1. Oktober 1929 die Löhne der Gruppen 6 und 7 erreicht sind. Die übrigen Löhne werden nach dem Schlüssel des Tarifvertrages errechnet. — Die Lohnregelung bringt den Kollegen in einem halben Jahr 24 1/2 Lohnschöpfung. — Hoffentlich haben sie nunmehr den Wert der Organisation erkannt und bleiben treue Mitglieder des Baugewerksbundes!

Aus den Baugewerkschaften

Deutsch-Russland in Oberschlesien. Am 21. April wurde in Klein-Straschnitz eine Gründungsversammlung abgehalten. Aus vier Ortschaften waren Kollegen anwesend und nahmen regen Anteil an dem Vortrag des Kollegen A. Kern. In der Aussprache zeigte sich das große Interesse der Kollegen für unsern Bund. Es wurde von allen begrüßt, hier eine Zählstelle zu gründen. In die Zählstellenleitung wurden gewählt Franz Heinisch als Obmann, Rodus Rappoldski als Kassierer und Schriftführer und Karl Hellweger als Hilfskassierer.

Essen. Die ordentliche Vertreter-Generalversammlung am 28. April ehrte zunächst das Andenken der Verstorbenen. Ueber einen Antrag Schneider ging die Generalversammlung zur Tagesordnung über. Bei Vertiefung des Protokolls entspann sich eine Debatte, weil der Schriftführer geschrieben hatte, daß es den Sprechern keine Opposition nicht am Gewerkschaftsarbeitsrat, sondern am prinzipiellen KPD-Arbeit zu tun sei. Der Vorsitzende stellte fest, daß die Ausführungen richtig sind, und das Protokoll wurde genehmigt. Unser Geschäftsführer ging in seinem Bericht auf die Einstellung des Bundes hinsichtlich der Neuregelung der abgelaufenen Verträge ein und schilderte eingehend den Werdegang des Reichsstarifvertrages sowie des Bezirksstarifvertrages für das Baugewerbe. Ausführlich legte er die große Arbeitslosigkeit durch den strengen Winter dar und betonte im besonderen, daß der Bauarbeiterfuß in bezug auf Dichtmachung bei Winterbauten in diesem Winter bewiesen habe, wie notwendig es sei, daß die Kollegen viel besser als bisher auf dem Posten sein müßten. — Rund 1000 Kollegen hätten diesen Winter Erwerbslosenunterstützung vom Bund bezogen; dabei müßte gesagt werden, daß wohl noch 1500 Erwerbslose bereits ausgezahlt oder nicht unterstützungsberechtigt gewesen seien. Er betonte im besonderen, daß die Kollegen weit mehr Fühlung untereinander zu halten haben, dahingehend, wo Arbeitskräfte zu vermitteln sind, damit auch der letzte Erwerbslose in Arbeit gebracht werden kann. Nicht allein Oppositionsreden in den Versammlungen, sondern tätige Arbeit auf den Zählstellen könne nur zur Verminderung der großen Erwerbslosenlaster beitragen. Der Vortragende verteilte auf das entscheidende das Gelingen der politischen Parteien in Wirtschaftskämpfe und Wirtschaftsklagen der Bauarbeiter. Bei vielen Ausführungen ließ er auf den Widerspruch der KPD-Pfaffen. Über auch sie müssen zugeben, daß an dem Geschäftsführer und Kassierer, den sie in der Aussprache kritisierten, nichts auszusetzen sei. Der Hauptredner erklärte ausdrücklich: Wir stimmen nur deshalb dagegen, weil ihr unsere politischen Anschauungen nicht genügend Rechnung frag. — Als der Geschäftsführer den Kassierbericht erläuterte, der für die Hauptkasse mit einem Umsatze von 43 795,98 M abschloß und für die Lokalkasse mit einer Einnahme von 60 708,69 M gegen eine Ausgabe von 10 256,54 M, hatten die KPD-Männer auch nichts ein-

zuwenden, jedoch erklärten sie, daß sie dem Geschäftsführer und Kassierbericht nicht zustimmen können. Der Gesamtvorstand wurde mit übergroßer Mehrheit entlassen. Dann stellte der Geschäftsführer in seinem Bericht eine Entschleunigung zur Aussprache und begründete sie damit, daß sich unsere Baugewerkschaft dagegen wehren müsse, daß fortgesetzt KPD-Parolen in unserer Gewerkschaft durchgepeilt würden. — Die Aussprache ließ klar erkennen, daß die Jünger der Fliegerpartei strikte ihre Parolenführungen abgehalten hätten und auch strikte danach handelten. Trotzdem konnten einige Kollegen den Geschäftsführer ihr uneheliches und doppelzüngiges Gebahren widerlegen. Im Schluswort leuchtete dann unser Geschäftsführer den Parolenführern gründlich beim. Ein solches Benehmen wie es die Jünger der Fliegerpartei heute an den Tag legen, könne nicht zum Aufstieg führen, sondern nur zum Schaden des Baugewerksbundes sein. — Ein besonderer Fall betraf das Verhalten des Obmannes der Zählstelle Kray, der sich als besondere Waise der Parolenführer erst zeigen lassen mußte, wach ein feiger Mensch er wirklich sei. Er habe seinerzeit eine Erklärung unterschrieben, daß, wenn er noch einmal solche Dinge drehe, wie er sie jetzt wieder versucht, er ohne Ausschlußverfahren aus der Organisation auszuweisen. Die Versammlung nahm mit Empörung von der niedrigen Haltung des Kollegen Kenntnis und stimmte den Ausführungen des Referenten zu. — Die angenommene Entschleunigung lautete: „Die heute tagende Delegierten-Generalversammlung der Baugewerkschaft Essen nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Einmischen der Kommunistischen Partei in die Tarifvertragsfragen der Bauarbeiter. Sie erklärt dieses Gebahren als einen frechen Übergriff in die ureigenen Hoheitsrechte der Bauarbeitergewerkschaften und weist mit Entschiedenheit jede Einmischung der politischen Parteien in die wirtschaftlichen Fragen der Baugewerkschaften zurück. Im besonderen verurteilt sie die Versammlung die Annahme der KPD, an ihre Mitgliedschaft, der sie die Mitglieder aufzufordern, mit den Indifferenten gegen die Gewerkschaften zu arbeiten, bei den Wahlen zu den Betriebsräten und Betriebsvertretungen. Die Versammlung verlangt von allen Mitgliedern der Baugewerkschaft, daß sie strikte ihre Satzungen innehalten, nicht den Parolen der KPD gegen die Gewerkschaften folgen, sondern daß sie mit der Gewerkschaft einheitslich zusammenstehend für den Bund und seine Interessen eintreten. Kollegen, die hiergegen verstoßen, stellen sich von selbst außerhalb des Bundes und scheiden dadurch automatisch aus dem Bunde aus. Die Versammlung nimmt Bezug auf die Beschlüsse des Bundesvorstandes und Betrates sowie des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, deren Beschlüsse die schärfsten Abwehrmaßnahmen gegen die KPD und deren direkten Verrat an der Arbeiterkraft durch ihre Versplitterungspolitik in den Gewerkschaften, fordern. Nur durch Einigkeit und Geschlossenheit kann die Arbeiterkraft in den harten Gewerkschaften den Ansturm der kapitalistischen Unternehmungsklassen abwehren. Hoch die Solidarität im Baugewerksbund!“

Lyda. (Jahreshauptversammlung.) Nach Ehrung des Andenkens der verstorbenen Kollegen erläuterte Kollege Schillig im zum Teil schriftlich niedergelegten Geschäfts- und Kassierbericht. Daraus war zu ersehen, daß die Bautätigkeit im verflochtenen Jahre sehr schlecht war. In den einzelnen Zählstellen ruhte die Bautätigkeit bis zum Juni völlig. Facharbeiter sind abgereist und haben in anderen Baugewerkschaften Arbeit gefunden. Dagegen konnten nirgends Hilfsarbeiter vermittelt werden. Sie waren somit ihrem Schicksal überlassen. Wegen der schlechten Arbeitsmarktlage mußten viele Kollegen mit Gelegenheitsarbeiten vorlieb nehmen oder sie ließen den Wohlfahrtsämtern zur Last. Im Jahre 1928 wurden im Gebiet der Baugewerkschaft 181 Neubauten erstellt. Von den 181 Neubauten waren 105 Wohnhäuser mit insgesamt 520 Wohnungen, 36 Industriebauten, Stallungen, Scheunen, 20 Staats- und Gemeindebauten. Außerdem sind durch Um- und Aufbauten noch weitere 48 Wohnungen geschaffen worden. Im Jahre 1928 sind insgesamt 588, dagegen 1927 800 neue Wohnungen errichtet worden. Wohnungsuchende sind im Gebiet unserer Baugewerkschaft am Jahresende 3220 gezählt worden, davon fallen auf den Vorort allein 800. Wegen der schlechten Bautätigkeit hatte die Verwaltung mit sehr viel Lohnsträflichkeiten zu tun gehabt. Von 96 Streitfällen mußten 74 beim Arbeitsgericht erledigt werden, von denen 72 zugunsten unserer Kollegen ausfielen und 2740,15 M einbrachten. Trotz der schlechten Bautätigkeit hat die Mitgliederbewegung einen erfreulichen Aufschwung erfahren. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresende 1927 1470 und betrug zur Zeit 1765, demnach eine Zunahme von 295. Hoffentlich bringt uns das Jahr 1929 noch weitere Erfolge. Für die Hauptkasse wurden 43 420,95 M eingenommen, dem eine Ausgabe von 26 696,58 M gegenübersteht. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 32 226,65 M und eine Ausgabe von 23 088,46 M, so daß ein Kassendefizit von 9158,19 M verblieb. — L a w e n z gab den Revisionsbericht und führte aus, daß die Kassengeschäfte sich in bester Ordnung befinden. Dem Kassierer sowie dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Nach einer sehr sachlichen Aussprache wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder, die Revisoren und der Beirat einstimmig wiedergewählt. Ueber den kommenden Reichs- und Bezirksstarif sprach dann der Vertreter des Bezirksvorstandes, Kollege G r a m s, Königberg. Seine Ausführungen fanden bei allen Anwesenden einmütige Zustimmung.

Wittenberg. Am 7. April tagte, unter Teilnahme von 55 Vertretern, unser Vertretertag, zu dem unser Bezirksleiter erschienen war. Den Geschäftsbericht gab P r i e n e n a u, der die Konjunkturergebnisse des verflochtenen Jahres besprach, die wirtschaftliche Lage, freizeitliche, sowie die Spruchpraxis in der Arbeitslosenversicherung, der Sonderfürsorge und der Krüppelunterstützung einer Kritik unterzog. Das Verhalten einiger Unternehmer hinsichtlich der Einhaltung der Arbeiterverpflichtungen wurde ebenfalls kritisch beleuchtet. Den Kassierbericht gab B r a n d t, der hervorhob, daß sich die Verhältnisse gebessert haben. Für die Hauptkasse wurden 31 371,86 M eingenommen und 72 879,50 M ausgegeben. Die Vereinskasse hatte eine Einnahme von 27 875,32 M und eine Ausgabe von 24 990,70 M.

— Die Arbeitslosigkeit hat unsere Finanzen im vergangenen Jahre schwer heimgesucht. Wir hatten im Berichtsjahr 245 Neuaufnahmen. Unser Bezirksleiter, Kollege R o d, berichtete dann über die genauen und bezirkslichen Verhandlungen um einen Reichs- und den Bezirksstarifvertrag in ausführlicher und verständlicher Weise. In der Aussprache wurden die Ausführungen des Kollegen Rod unterstützt. Abgelehnt wurde nach lebhafter Aussprache die Einführung eines 10-Jahresverpflichtungsbeitrags. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt, bei der Wahl der Revisoren wurden einige Veränderungen vorgenommen. Die neue Ortsfassung ist am 1. April in Kraft getreten.

Aus den Fachgruppen

Feuerungs- und Schornsteinmurer. Reichskonferenz. Am 28. April tagte in Erfurt eine Reichskonferenz, an der 13 Abgeordnete, 3 Mitglieder der Tarifkommission, der Reichsfachgruppenobmann, ein Vertreter des Bundesvorstandes sowie der Bezirksleiter teilnahmen. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem Reichslohn- und Arbeitsstarifvertrag. Der Reichsfachgruppenobmann, P e t e r s, Hamburg, schilderte die großen Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, um den im Jahre 1927 abgeschlossenen Reichsstarifvertrag zur Geltung zu bringen. Es wurden 30 Sitzungen des Tarifschiedsgerichts abgehalten, in denen 43 Streitfälle aus dem Reichsstarifvertrag erledigt wurden. In 25 Fällen wurde ein obliegendes Urteil gefällt, wodurch für die Kollegen mehr als 15 000 M vorrathaltene Auslösung und Tariflöse herausgeholt wurden. Der Vortragende schilderte die Schwierigkeiten, die sich bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung unseres Reichsstarifvertrages von 1927 ergaben. Bei dem Neuaufschlag eines Tarifvertrages wurden aber noch größere Schwierigkeiten erwachsen. Der Deutsche Verband für Feuerungstechnik lehnte es daher in Anbetracht dieser Schwierigkeiten ab, über den Neuaufschlag eines Reichsstarifvertrages zu verhandeln. Die Tarifkommission sprach sich deshalb für die Verlängerung des Reichsstarifvertrages von 1927 aus. In längeren Verhandlungen mit dem Feuerungsverband gelang es dann, die Zustimmung der Unternehmer zu erhalten. Es wurde folgende Vereinbarung abgeschlossen:

1. Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, e. V., Berlin,
 2. Deutscher Verband für Feuerungstechnik, e. V., Berlin,
 3. Deutscher Baugewerksbund, Hamburg,
 4. Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Berlin-Lichterfelde,
- als Vertragsparteien des Reichslohn- und Arbeitsstarifvertrages für feuerungstechnische Arbeiten vom 25. Mai 1927 wird folgendes vereinbart:

1. Der Reichslohn- und Arbeitsstarifvertrag für feuerungstechnische Arbeiten vom 25. Mai 1927 wird vollständig seiner Bestimmungen verlängert, und zwar für die Dauer des Reichsstarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten vom 30. März 1929, der an die Stelle des Reichsstarifvertrages für das Baugewerbe vom 30. März 1927 getreten ist. (Siehe S. 1 Ziffer 8.)
2. Die Worte: „Reichsstarifvertrag für das Baugewerbe“ werden demnach im Reichslohn- und Arbeitsstarifvertrag für feuerungstechnische Arbeiten überall durch die Worte: „Reichsstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten“ ersetzt.

Der Bundesvorstand und -beirat haben unter Würdigung der überaus großen Schwierigkeiten ihre Zustimmung zu diesem Vertrag gegeben. Wenn auch durch die Verlängerung dieses Vertrages für die Kollegen im Feuerungsbaubau für weitere zwei Jahre keine unmittelbaren Ausbaurücklagen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten, so profitieren sie aber doch an den Erfolgen, die durch den Abschluß des Reichsstarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten erreicht worden sind. — Nach eingehender Aussprache, in der alle Abgeordneten zu Wort kamen, wurde zwar bedauert, daß sich die Feuerungs- und Schornsteinmurer mit dem alten Tarif abfinden müßten; anerkannt wurde aber, daß die Reichsfachgruppenleitung ihr Bestes getan hat, um die Forderungen der Kollegen zu durchzusetzen. Wegen einer Stimme wurde eine Entschleunigung angenommen, in der die Reichskonferenz mit Entrüstung davon Kenntnis nimmt, daß die Unternehmer nicht gewillt waren, bei den durchaus verbesserungsbedürftigen Bestimmungen des Vertrages auch nur das geringste Entgegenkommen zu zeigen. Die Konferenz anerkennt, daß der Tarifkommission ihre Arbeiten bei den Verhandlungen nicht nur von den Unternehmern, sondern auch durch Versuchen eines erheblichen Teiles der eigenen Berufskollegen erschwert worden sind. Nach reiflicher Prüfung aller Umstände hält die Konferenz die Entscheidung der Tarifkommission, den Reichsstarifvertrag auf zwei Jahre zu verlängern, für richtig. Alle Kollegen haben ihre ganze Kraft für die weitere Stärkung der Fachgruppe und für die restlose Durchführung des Tarifvertrages, weil dies der ersten Voraussetzung für den Abschluß eines besseren Tarifvertrages sind, eingesetzt. — Dem Reichsfachgruppenobmann wie der Tarifkommission werden für ihre Arbeiten Anerkennung und volles Vertrauen ausgesprochen.

Töpfer und Fliesenleger. Ostfl. Am 10. April wurden für das Ofensehergewerbe Lohnverhandlungen geschlossen, die zu folgendem Ergebnis führten: Vom 6. April an sind auf sämtliche Akkordpositionen 4%, von 1. Juni an weitere 4% zu zahlen, so daß Schließendes Nutzung vom 6. April an 8% und glatte Ware 9% Zuschlag erhalten. Der Stundenlohn bleibt wie bisher. Die Abmachungen haben Gültigkeit bis 31. März 1930.



Für Heim und Familie



Pfingstfest und Frühlingsglaube.

Maienbäume wanderten aus der Freiheit draußen in die Stadt, in das Dorf, die Häuser zu schmücken. Freundlich soll alles sein, denn wir wollen das „liebliche“ Fest ja feiern. Das Pfingstfest hat etwas vom Zauber der lieblichen Werke, und leicht und froh ist unser Sinn, wie der sonnige Hauch, der die garten Zweige des Maienbaumes streift.

Über dem Pfingstfeste liegt etwas vom Volksgemüt, etwas vom lachenden Wesen des Kindes: die Welt ist doch schön, und wenn auch der Alltag noch so hart und so dunkel. Der Frühling macht froh und glaubend.

Aber da binden die Menschen diesen lebendigen Pfingstglauben des Frühlings so oft nur mit ihren kleinen persönlichen Sorgen und Hoffnungen. Da erkranken sie, vom Glauben der Welt bewegt, ihr Herz zwei Feiertage lang leichter. Da sehen sie, vom lichten Pfingstsonne umglänzt, den Alltag moiniger. Hütel euch vor dem „lieblichen“ Pfingstgeiste solcher Zufriedenheit, die da die großen Nöte und Aufgaben der Klasse vergißt und verküßt!

Der Lenz spricht wahrlich eine ganz andere Sprache als die der spießbürgerlichen Gemächlichkeit. Wenn Lenz ist Liebe. Lenz ist Sturm. Lenz ist revolutionäre liegende Kraft. Schwestern und Brüder, hört diese gewaltige Sprache des lebhaften Lichtes im Frühling!

Etwas Ulgewaltiges liegt in dem „lieblichen“ Feste. Etwas, das im Unrecht des Lebens geborgen, dringt immer neu zum Licht. In Fälle. Da quillt es und will es aus allen Poren. Leben! Nicht für dich, nicht für mich, nein, für alle und für das Morgen und Lebensmorgen! Ohne Maß, ohne Ende, ohne Ziel. So wie Liebe nicht Anfang und nicht Ende kennt.

Schwester und Brüder, lernt aus dem Leben des Frühlings glauben! An das Größte glauben, das werden kann! Und führt aus dem Frühling heraus, zu wachselosem Schaffen und Hoffnungen. Da erkranken sie, vom Glauben der Welt bewegt, ihr Herz zwei Feiertage lang leichter. Da sehen sie, vom lichten Pfingstsonne umglänzt, den Alltag moiniger. Hütel euch vor dem „lieblichen“ Pfingstgeiste solcher Zufriedenheit, die da die großen Nöte und Aufgaben der Klasse vergißt und verküßt!

Der Frühling ist der ewige Jungborn des menschlichen Glaubens an das Leben als Sinn. In einen neuen, schöneren, moinigeren Inhalt des Lebens. In ein Ziel der Freiheit, das Menschen für Menschen zu schaffen beufen sind.

Der Frühling ist eine bildnerische Kraft in unserm Wollen und Schaffen. Er erhebt uns. Er stärkt uns. Er reißt immer wieder die Schladen von unserer Seele, die das trübe Sorgenleben dieser Wirtschaftsunordnung in Menschen werden läßt. Er macht uns frei und leicht. Lebendig und glaubend. Mit leuchtenden Augen läßt er uns vordrücken, und in seinem Sturm, mit dem er die letzten welken Reste hinwegfegt, singt er uns jugendlich kraftvoll die Melodie vom ewigen Wandel und ewigen Sieg des Lichts.

Wer im Pfingstfest nur den Frühling des laufenden Jahres erlebt, der hat vom Singen und Klingen der ewigen Pfingst nichts vernommen. Nur wer den Frühling als Frühling erlebt, diesen ewigen Frühling, diesen ewigen Sieg des Lichts und des Lebens, der hat aus dem Frühling gewonnen für sein Menschentum. Der ist in seinem Glauben ermahnt und in seinem revolutionären Wollen des neuen Lebens immer neugeboren. Alles kann kommen und gehen, blühen und untergehen, doch nur im Sinne des Lebens, des Aufstiegs. Das Leben ist dennoch das letzte. Das Wachen. Die harmonische Formung und die Gestaltung zu immer vollendeterer organisatorischer Art.

In der bebenden Seele wagt der ewige Frühling des Menschengeschlechts. Wo es nicht zittert, da ist nur Form. Der Frühling ist Wachen und Leben vor unten herauf. Der Frühling ist elementare Kraft aus der Tiefe. Im Winter verdeckt und im Lenz jubelnder. Doch immer da. Immer.

Sel wie der Frühling! Und du trägst die lebendige Energie der wachsenden Erde und ihr werdendes Glück. Und wir sind verbunden zu mehr als dem Heute. Wir sind die starke, lebendige Macht aus der Tiefe, die immer neu das Leben und die Freiheit bringt!

„Der Widerpenntigen Zählung.“

Darüber hatte uns Kollege S. Kersch für unsere Nr. 11 ein großes Geschichtchen geschrieben. Das hat den Woll zweier militärbegierter pommerger Heiden der eine nennt sich Casper, der andere nicht in hohem Grade erregt. Wir heften mit solchen Geschichtchen nur die Jugend auf. Und so ein bißchen „Freiheitsbeschränkung“ läßt der Jugend sehr not. Und der eine sagte sogar, er denke noch heute gern an seine Soldatenezeit zurück.

„Ach, ihr armen Schächer, wie mag es in Euren Schädeln aussehen! Auch ich habe unter „S. M. S. Fahnen“ 3 Jahre geschwiegt, aber daraus den Schlaf gezogen, daß der preußisch-deutsche Woll jede Selbständigkeit im Menschen, ja, den Menschen selbst ist herabwürdigte, ihn zum Knecht, zu willenlosen Kanaille stemmte und ihm vielfach sogar die Mannesehre absprach. Viele schlechte Lirbe wurden unter diesem System gefördert. Und in den Augen vieler „Höherer“ war der „gemeine Mann“ nur erbärmliche Kanaille. Sehr gut erinnere ich mich noch eines Auspruchs eines Oberleutnants in Weissenburg i. Elsaß bei einer Rekrutenverteilung vor etwa 40 Jahren; er stand am Flügel und ich hatte die „Ehre“, Flügelmann der Fahnenkompanie zu sein, also in seiner unmittelbaren Nähe zu stehen. Da sagte das Herrchen so recht wegwerfend zum hoch zu Ross sitzenden Hauptmann der Fahnenkompanie, jedenfalls weil ihm der „feierliche“ Akt zu lange dauerte und jede deutsche „Nation“ besonders Schwören mußte: „Das

Unser Ziel.

Ein fester Grund ward uns geschaffen. Er dient uns als Waffe und Schutz. Er vertritt unser Recht Gegen das Tyrannengeschlecht.

Drum, Brüder, alle herbei, Die ihr uns noch fernsteht. Ihr seid unsere Brüder, Wir haben euch gern. Unser Ziel ist kein Wahn, Es klebt daran das Blut unserer Väter.

Hörst du das Lied? Es klingt so weit, so weit! Es singt von dem Kampf um die Einigkeit, Von Recht und von Freiheit und Gleichheit!

Drum, Brüder, reißt euch die Hände! Auch wir wollen kämpfen Für spätere Geschlechter, für unser Ziel: Für Einigkeit, Gleichheit, für Recht und Freiheit!

Konrad Hochstetter.

ist nun die deutsche Einheit! Man sollte die Kerle einfach mit den Köpfen zusammenschlagen und ihnen sagen: So, nun seid ihr vereibigt!“ So würdigte man diesen religiös feierlichen Akt, so würdigte man die „gemeinen“ Soldaten im „Königsrock“. Sie waren in bunten Flitter gekleidete dumme Kerls und knechtische Kanallien. Wer an solchen Kasparaden Gefallen fand, lieber Casper, und Du, der Du so urteilich müßig bist, nicht einmal Deinen Namen zu nennen, dem ist nicht zu helfen. Aber was müßt ihr doch für „freie Deutsche“ sein! Und wie mag es bloß in Euren Schädeln aussehen! U. S.

Der Vatterhannes und sein Hund.

Von L. Woffi, Karlsruhe.

In der Baubude sitzen sie beim Frühstück. Mäuselstill. Der Wesperrub hat beim Brückenwegger einen Haufen Schweinsknochen erwischt, frisch aus dem Kessel und mit allerlei „Anhang“ daran. So was kriegt ein armer Maurer nicht alle Tage, und wenn er mal so'n Glück hat, dann vertieft er sich drein mit hingebender Andacht. Ja, und wenn man so recht andächtig ist, kann man doch nicht auch noch schwätzen. Deshalb ist's heute so ruhig in der Bude, so daß es der Herr Bauführer nebenan halb mit der Angst kriegt, weil er meint, die Maurer bereiten wieder so eine kleine Kapitalgier mit ihm vor wegen den fehlenden Gerüstfäden. Darin wird er noch bestärkt, weil er jetzt einen reben hört, den er aber nicht versteht.

Es ist aber bloß der Vatterhannes in der Ecke, der wieder, wie schon alle Tage seit vier Wochen, von seinem jungen Hund erzählt, dem Wundertier. Zu welcher Klasse er gehört, hat man noch nicht so recht rausgebracht, weil er fast jeden Tag etwas anderes ist. Das kommt daher, weil sein Herr eigentlich Lügenhannes heißen müßte, der sich zuletzt selbst nicht mehr in seinen Lügereien auskennt.

Heute ist es ein Bernhardiner, und der Hannes zeigt gerade mit ausgebreiteten Händen, um wieviel der Wunderhund in der letzten Woche gewachsen ist. Dabei stößt er dem Anton, der neben ihm sitzt, an dessen Schweinsknochen, daß der seinem Besitzer auf die schnell zusammengezogenen Knie fällt. Der Anton ist natürlich wütend und



sagt: „Wenn der Vatterhannes nur auch mal sein Maul halten könnte, oder wenigstens mit dem allen reden läte, anfaßt mit den Händen“. Der Hannes meint feilenrahlig: „Ihr braucht aber auch immer einen Sauen Zeit, bis ihr das bißel Essen drunten habt. Ich bin schon lange fertig, und überhaupt, ich weiß net, warum ihr soviel essen müßt. Ich hab' noch den halben Knochen zum Mittagessen aufgehoben.“

„Jetzt ist's euer Tag“, sagt der Schorfjoch von der anderen Seite rüber, „wir' redet der von vielen essen! Dabel hat der Kerl heute Morgen im Zug schon ein Stück Speck runtergedreht, so groß wie ein Gauszehen. Und wie wir durch die große Kure gefahren sind, ist ihm sein Knorren Brot aus der Hand gefallen und mir auf den Fuß, daß der große Jelen ganz blau geworden ist.“ Der Hannes ist natürlich geschlagen und muß die ganzen Kosten der Uzerel tragen, bis der Poller zum Anfangen ruff.

Beim Hinausgehen sagt dann der Hannes zum Wesperrub: „Gehst mir die Knochen alle auf für meinen Hund.“ Der besorgt das pünktlich und in der Mittagspause macht sich der Hannes ein umfangreiches Paket daraus zurecht und verpackt es nach allen Regeln der Kunst. Dann legt er sich draußen auf dem Sandhaufen auf's Ohr und penn. Drinnen in der Bude sind sie inzwischen auf einen nieder-

trächtigen Gedanken gekommen. Sie machen das Paket wieder auf, nehmen die Knochen heraus und tun an ihre Stelle Backsteinbrocken hinein. Als es dann wieder verpackt und an Hannes seinem Platz liegt, schlägt es gerade eins.

Am Abend ziehen sie dann alle miteinander über den Rhein und fahren mit der Eisenbahn nach Hause. Der Vatterhannes läugelt mit seinem Paket und erzählt den anderen auf ihre teilnehmenden Fragen, wie sein Schweizer — so heißt der berühmte Hund — von selbst das Paket aufmachen, vor Freude bellen und an seinem glühigen Herrn emporzuppringen wird.

Am andern Morgen — der Hannes steigt erst an der zweiten Station ein —, machen sie ihm, wie gewöhnlich, die Abteil für auf, damit er seinen angekommenen Platz einnehmen kann. Aber der Hannes marschiert mit wütendem Gesicht vorbei und sagt etwas dazu, was man nicht auf in diese Geschichte hineinschreiben kann. Wenn Unzufriedenheit er auch gleich, mit der Ankündigung, er gehe auf die Polizei und zeige alle an wegen Unterschlagung mit nachgefolgter Tierquälerei.

Dem Hannes sein Nachbar hat den gleichen Weg zu seiner Fabrik wie die Maurer an ihren Bau und erzählt diesen, warum der Hannes so verärgert ist. Also am gestrigen Abend ist der Vatterhannes schnurstracks in den Hof gelaufen und hat den Schweizer losgebunden. Dann hat er ihm das Paket hingeworfen und ihm erklärt: Schweizer, heut ist Kermet! Der Schweizer riecht mit schmerzlicher Miene lang daran herum und läßt dann empört weg. Der Hannes ist erst platt. Dann stürzt er den Schweizer nochmals her und eröffnet ihm die Aussicht auf Prügel, wenn er nicht wie sonst das Paket aufreißt. Der arme Kerl schnuppt wieder eine Welle am Papier und kommt mit eingeklemmtem Schwanz zu dem Ergebnis, daß nichts drin ist, was einem ehrlichen Hund Freude machen könnte. Und läuft wieder weg.

Jetzt ist aber der Hannes wild geworden.

„Was“, schreit er, „du elender Kötter, du miserabler, dir sind die Schweineknochen schon immer gut genug! Glaubst du vielleicht, ich laß dir alle Tage ein paar Roteletten braten? Dich muß ja das Gewitter durch Sonn' und Mond schlagen, daß dir die Sterne um deine Schlapptoren rumfliegen.“ Rangt den Besen von der Treppe und haut dem armen Vieh eine runter. Natürlich reißt der Schweizer aus und der Hannes hinter ihm her durch den Hof, wobei



jeder mit möglichst viel Stimmaufwand seinen Standpunkt verteidigt. Auf einmal hat sich der Schweizer zwischen dem Misthaufen und ein paar alten Küstern so verbeibert, daß ihn der Hannes erwischt und ihm mit dem Besenstiel das Fell polieren kann.

Aber nicht lange, denn der Schweizer denkt: „Still doch alles hin“ und reißt seinem Herrn ein halbes Hosenbein ab.

Wenn jetzt nicht eine höhere Gewalt eingegriffen hätte, wäre der Schweizer durch die Mistgabel eines wenig rühmlichen Todes gestorben. Aber grad', wie die Not am größten war, schallt eine liebliche Stimme über den Hof: „Was machst denn wieder für einen Krach, alter Schode?“ Es war dem Hannes seine Eheleibliche, die da vorn am Hofort stand, die Arme in die Seiten gestemmt. Wegen die Inzanz pflegt der Hannes gewöhnlich keine Verurung einzulegen. Mancher andere würde es auch nicht. Denn dieses zarte Geschöpf ist aktiv dienende Marktfrau und steht mit Hundertundneunzig Kilo zu Buch.

Er geht ihr also entgegen und erzählt ihr schneufend, warum er sich mit dem Schweizer entzweit hat. Nachdenklich reißt seine Frau das Papier auf und nach nachdenklicher Betrachtung sie zusammen den Inhalt. Sie hebt, daß dann noch ein paar Mäuselchen über den Fall unterhalten — der Hannes hat das meiste dabei gesagt — und dann, ja dann ist er auf einmal dagesanden und hat sich die Backsteinbrocken aus dem Gesicht und aus dem Hemd herausgeklaut.

Gleich nach dem Frühstück hat dann der Bauführer dem Hannes seinen Stundenlohn geben müssen, weil der Hannes erklärt hat, sein Hausfriede sei ihm lieber, als das Zusammenarbeiten mit solchen Lumpen, die einem armen Teufel das ehrlich erworbene Hundesupper klauen.

Aus dem Verband ist er auch gleich ausgesreten, obwohl er schon seit drei Wochen Mitglied war. Der Maurerverband hat damals lang gebraucht, um den Schwab zu überwinden.

Väterliche Ansprache. „Mädels, ihr habt jetzt das verträglichste Alter erreicht, nun geht euch schleunigst nach vernünftigen Männern um. Je eher, desto besser. Und euch Jungens kann ich nur den väterlichen Rat geben — betrahtet nicht.“ (Mh.)

Ergebnisse der Frühjahrslohnbewegung 1929 im Baugewerbe.

Vergleichende einfließende Wertgegenstände.

Table with columns: Bezirkverband und Vertragsgebiet, Spitzenlöhne in Pfennigen (M, H, T for April 1929 and April 1928 to March 1929), Die Spitzenlöhne erhöhen sich für (Maurer, Hilfsarbeiter, Fleischarbeiter) in %.

Der Reichsregierung überreiche Wunschzettel enthält unter anderem folgendes: Jollerhöhungen für alle Getreiden...

Doch damit nicht genug. Man verlangt überdies, daß durch eine besondere Getreidegesetzgebung das inländische Getreide bewirtschaftet wird...

Die Forderungen der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen sind für die Gewerkschaften unannehmbar. Die Einführung dieser hohen Zölle...

Es muß auf irgend eine Weise versucht werden, der Landwirtschaft Hilfe zu bringen. Diese kann nicht in erhöhten Zöllen liegen...

Wohnungselend in Zahlen.

Wie die arbeitende Bevölkerung wohnt. Nunmehr liegen die endgültigen Ergebnisse der Reichszählung von 1927 vor. In Nr. 6 der Zeitschrift 'Wirtschaft und Statistik'...

so niedriger wird die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnraum. In den Wohnungen mit einem Raum ist die Wohnfläche mit 2,21 Personen am höchsten...

Auch die Berechnung der durchschnittlichen Wohnfläche je Wohnraum gibt nur allgemeine Aufschlüsse über die Wohnungsverhältnisse. Die Zahl der Wohnungen, in denen auf je einen Wohnraum bis 1/2 Person entfällt...

trägt die Zahl der überfüllten Kleinwohnungen 483 926 mit 2 603 047 Bewohner, so gibt es dagegen nur 435 überfüllte Großwohnungen mit rund 8000 Bewohner. 90 % aller überfüllten Wohnungen bestehen aus 1 bis 3 Räumen...

Zelassen wir es bei diesen Zahlen. Sie sind ein erschütterndes Dokument darüber, wie groß in Deutschland die Wohnungsnot und das Wohnungselend ist!

stellen. Der Achtstundentag muß mehr und mehr Gemein-
 fallen aller Bauarbeiter werden, es ist darauf hinzuwirken,
 daß jeder Bauarbeiter den Achtstundentag als un-
 antastbares Gut betrachtet. Auch die sonstigen gewerk-
 schaftlichen, sozialen und arbeitsrechtlichen Fortschritte
 müssen angefaßt ihrer großen Wichtigkeit bei der Werbe-
 arbeit hervorgehoben werden. Die immer noch vorhandene
 Fluktuation muß eingedämmt werden. Die Jungesellen sind
 in die Organisationsarbeit einzuführen. Die vom Bundes-
 vorstand bei der Reichsregierung und dem Reichstag ein-
 gereichte Denkschrift zur Frage der beruflichen Arbeits-
 losigkeit, worin diese Materie ausführlich behandelt wird
 und gegen diese Ausnahmebehandlung der Bauarbeiter
 wichtige Gründe ins Feld geführt werden, wird bei den
 späteren Auseinandersetzungen in dieser Frage eine große
 Rolle spielen. Auch dies muß in unsern Werberesammlun-
 gen voll gewürdigt werden. Dabei wäre die Stellung-
 nahme der politischen Parteien zu dieser Frage zu be-
 leuchten. Auch eine Denkschrift der bausewerblichen Ar-
 beiterverbände über den Umfang der Neugründung von
 Innungskrankenkassen ist in Vorbereitung. Ueber eine
 Lehrlingsordnung und ein Lehrvertragsmuster im Bau-
 gewerbe wird mit dem Handwerkskammertag voraussicht-
 lich im August verhandelt werden.

Anschließend besprach Kollege Rosenzweig eine
 Anzahl wichtiger Urteile der Arbeitsgerichte in Fragen des
 Arbeitsrechts. Eine Wiedergabe an dieser Stelle er-
 überigt sich, da im „Grundstein“ darüber bereits berichtet
 ist oder noch berichtet wird. — Dann sprach Kollege
 Piffenich über die Werbearbeit unter den Lehrlingen
 und Jugendlichen Hilfsarbeitern. Er beleuchtete zunächst
 die vielfachen Schwierigkeiten zur Erlangung der Probe-
 vollmacht von Eltern oder Vormündern zur Vertretung
 von tariflichen Lehrlingsverträgen. Nach einem Urteil des
 Reichsarbeitsgerichts daß Lehrgeld von den Lehrlingen
 durch die Lehrmeister nicht erhoben werden. Die Jugend-
 treffen sollen ihrer großen Werbekraft wegen noch mehr
 gepflegt werden. Die älteren Kollegen müssen die Werbe-
 tätigkeit unter den Lehrlingen in jeder Weise fördern
 helfen. Neue Bauabende sind in Vorbereitung. Nach-
 dem der Redner noch die künftige Lehrlingsordnung
 erwähnt wies er darauf hin, daß im Helm am Wer-
 see voraussichtlich im August die Schulungswochen für
 Jugendliche beginnen werden.

Am zweiten Verhandlungstage erwähnte bei Beratung
 besonderer Bundesfragen Kollege Bernhard zunächst,
 daß für den verstorbenen stellvertretenden Hauptkassierer
 des Bundes, Wilhelm Brandmohr, eine Ersatzwahl
 vorgenommen werden muß. Der Bundesvorstand schlägt
 hierfür vor den langjährigen Mitarbeiter an der Haupt-
 kasse, den Kollegen Mar Giebler, früher Hauptkassier-
 er des Stukkatourverbandes. Als Leiter der Unter-
 stützungsbteilung ohne Vorstandsmandat wird künftig
 Kollege Johannes Jeneusch fungieren. An dem Ver-
 bandsrat der Zimmerer wird Kollege Bernhard teil-
 nehmen. Unser Heim am Wersee wird voraussichtlich
 Ausgangs Juli eröffnet werden. Kollege Mar Purküst
 ist für dieses Heim als Verwalter auszuweisen. Der erste
 Schulungskursus unserer Jugend wird dann jedenfalls am
 11. August eröffnet werden. Der Vorstand des BGD
 habe die Befürchtung ausgesprochen, diese Schule könne
 in gewisser Hinsicht ein Konkurrenzunternehmen der Bun-
 deschulen des BGD werden. Es ist ihm mitgeteilt
 worden, diese Befürchtung sei unbegründet; das Heim
 solle in der Hauptsache dienen der Schulung unserer Bau-
 arbeiterjugend und als Ferienheim. Etwaige kurze Funk-
 tionärkurse für unsere Mitglieder können nur insoweit in
 Betracht, als es sich um einen begrenzten Unterricht in
 besonderen Bauarbeiterfragen (Bauarbeiterschulung,
 Baudelegiertenwesen, Reichsarbeitsvertrag usw.) und Verwal-
 tungsfragen unseres Bundes handelt. — Bei Uebertritt
 aus anderen Organisationen sollten im Interesse einer
 größeren Einheitlichkeit der Bauarbeiterorganisation
 Erleichterungen geschaffen werden. Bei erforderlichen Zu-
 schüssen aus der Hauptkasse an die Baugewerkschaften
 müsse künftig streng darauf geachtet werden, ob auch Ver-
 waltungsbeiträge erhoben werden. Dies sei Vorbedingung.
 Die große Mehrheit unserer Baugewerkschaften er-
 hebt bereits besondere Verwaltungsbeiträge. Die Ziffer 14
 des § 27 unserer Bundesfassung sollte loyal ausgelegt wer-
 den. Jedes Mitglied, das im Besitz einer Reisekarte ist,
 sollte die jagungsgemäße Erwerbslosenunterstützung (48
 Tage) innerhalb der 112 Tage Wanderunterstützung und
 innerhalb des Unterfühlungsauflaufs von 72 Wochen beziehen
 dürfen, ganz gleich, in welcher Zeit das geschieht. Hat
 ein Reisekarteninhaber in einem oder mehreren Orten 48
 oder weniger Tage Erwerbslosenunterstützung innerhalb
 des Unterfühlungsauflaufs von 72 Wochen bezogen, jedoch
 noch nicht wieder 52 neue Beiträge geleistet und erhebt er
 trotzdem Anspruch auf Ausstellung einer Wanderkarte, so
 sollte diese gewährt werden unter der Bedingung, daß die
 im zuletzt beendeten Unterfühlungsauflauf erhobene Erwerbs-
 losenunterstützung auf die Wanderunterstützung innerhalb
 des darauf folgenden Unterfühlungsauflaufs angerechnet wird.
 Das wäre ein Vorbehalt bis zum nächsten Bundesstag. —
 Die Gehälter unserer Angestellten müssen gemäß Dresdner
 Bundesstabsbeschlusses neu geregelt werden. Die Vertrags-
 marken müssen stets in jagungsgemäßer Höhe bestellt und
 verwendet werden, wir dürfen keinerlei Vertragschwän-
 zel zulassen. In der Leitung der Betontagsgruppe
 wird an Stelle des zum Bundessekretar gewählten
 Kollegen Rosenzweig ein anderer Kollege mit-

tätig sein müssen. Nach einem geeigneten Mann wird
 Ausschau gehalten. Nachdem der Redner dann über
 den Stand der Reparationsarbeiten in Frankreich und den
 bisherigen Stand der organisatorischen und sozialen Für-
 sorge für die dort beschäftigten Bauarbeiter berichtet, er-
 wähnte er noch die demnächstige Herausgabe eines neuen
 Handbuchs und unsere bevorstehende Statistik, bei der,
 wenn irgend möglich, auch festgelegt werden sollte, wieviel
 Kollegen doppelten Haushalt zu führen gezwungen sind.
 Das Reichsarbeitsamt frage sich ansehnend mit der
 Absicht, eine Statistik über die Löhne der Bauarbeiter für
 einen Sommermonat aufzunehmen, woraus sich ein
 ganz falsches Bild über die soziale Lage der Bauarbeiter

ergäbe. Eine solche Statistik wäre irreführend und unnütz,
 da die wirkliche soziale Lage der Bauarbeiter damit nicht
 erfasst würde. Im Vorstand des BGD ist eine allgemeine
 Tarifstatistik in Vorbereitung. Zum Schluß berichtete der
 Redner von der Ausschäftsprüfung des Verbandes sozialer
 Baubetriebe am 3. Mai, worin eine erfreuliche Festigung
 dieser Bewegung feststellbar werden konnte.
 Nach kurzer Aussprache wurde den Anträgen und Vor-
 schlägen des Bundesvorstandes, soweit sie hier in der
 Wiedergabe der Ausführungen Bernhards zum Ausdruck
 gebracht sind, einstimmig zugestimmt. — Damit waren die
 Arbeiten der Konferenz erledigt. Der Vorsitzende schloß
 die Sitzung mit Wünschen glücklicher Heimreise.

Nicht nur Förderung der Ausfuhr, sondern auch Stärkung der Inlandskaufkraft!

Exportförderung, Exporthilfe, Exportsteigerung — wo
 man auch hinsieht, überall schallt einem eines dieser Worte
 entgegen. Der Reichsverband der deutschen Industrie
 widmet dieser Frage die größte Aufmerksamkeit. Einige
 Sonderdrucken wurden von ihm herausgegeben. Der
 deutsche Industrie- und Handelsstag beschäftigte sich in seiner
 letzten Sitzung ebenfalls damit. Es vergeht wohl keine
 Tagung irgendeines Unternehmerverbandes, wo die Frage
 der Ausfuhrförderung nicht in irgendeiner Form erwähnt
 wird. Despaß dürfte es an der Zeit sein, vom Stand-
 punkt der Arbeiterfrage einiges dazu zu sagen.

Unter kleiner Planet, Erde genannt, wird in allen
 Windeln nach Absatzgebieten abgesehen. Der Krieg hat die
 Industrialisierung in allen Weltteilen gefördert. Jeder
 Staat, der nur halbwegs die Grundlagen dazu hat, ver-
 sucht sein Möglichstes, um in der Erzeugung industrieller
 Produkte Selbstversorger zu werden. Dafür wird nicht nur
 die ganze Kraft des Landes eingesetzt, es werden auch
 Staatsmittel in gewaltiger Höhe dafür geopfert. Neben
 der Errichtung neuer Industrien und Produktionsmerk-
 stätten wurden die bestehenden erweitert und verbessert.
 Die so erungene Produktionskraft geht in der Regel weit
 über die Aufnahmefähigkeit des eigenen Landes hinaus.
 Die Folge ist der Drang nach Ausfuhr. Doch zuvor sperrt
 man die Grenzen mit hohen Schutzollmauern ab, damit der
 Inlandmarkt der eigenen Industrie möglichst unumschränkt
 erhalten bleibt. Die Errichtung hoher Schutzollmauern hat
 sich als ein Fluch der bösen Zeit erwiesen, wo Böses fort-
 zugehend Böses mühte gebären. Schlechte Beispiele haben
 gute Sitten verdrängt. Obwohl jeder Staat seine über-
 schüssigen Produkte in andern Ländern absetzen trachtet,
 möchte er aber selbst keine fremden Produkte hereinlassen.
 Die Internationale Handelskammer, die Weltwirtschafts-
 konferenz, der Völkerverbund, private und öffentliche Stellen,
 sie alle haben mit mehr oder weniger Geschick den Waren-
 strömen von Land zu Land eine Gasse zu bahnen versucht.
 Leider mit wenig Erfolg. Noch immer ist Protektionismus
 in allen Ländern Trümpf. Ja, es sind Bestrebungen im
 Gange, den internationalen Warenhandel noch mehr durch
 Zollstrahlen zu hemmen. So liegen die Tatsachen.

Es ist kein Zweifel, daß sich Deutschland in einer eigen-
 tümlichen Lage befindet. Der verlorenen Krieg, die Kapital-
 verluste durch Währungszerstörung, die Verzinsung der
 Auslandsanleihen, die Zahlung hoher Reparationsforde-
 rungen, alles das sind Dinge, die es erforderlich machen,
 nach Absatz deutscher Produkte auf dem Weltmarkt zu
 suchen. Hinzu kommt noch der harte Zwang ausländische
 Rohstoffe einzuführen zu müssen. Als Veredelungsland mit
 wenigen Rohstoffquellen müssen jährlich große Mengen
 Rohprodukte und Halbwaren eingeführt werden. Dazu
 sind Devisen notwendig, die zum größten Teil durch die
 Ausfuhr von Waren herangezogen werden müssen. Da
 taucht die Frage auf, ob das Wohl und Wehe, ja die zu-
 künftige Entwicklung Deutschlands überhaupt, von der
 Steigerung der Warenausfuhr abhängig ist. Doch bevor
 wir diese Fragen beantworten, erscheint uns eine Unter-
 suchung notwendig, wie sich die deutsche Ausfuhr ent-
 wickelt hat (in Millionen Reichsmark).

Monatsdurchschnitt	1925	1926	1927	1928	Januar 1929	Februar 1929	März 1929
Einfuhr	1080	833	1186	1106	1319	1017	1022
Ausfuhr	733	815	852	970	1086	921	851
Wertschöpfung	552	580	629	708	760	690	691
Verbrauch	385	467	417	508	546	508	508

Diese Zusammenstellung läßt die ständige Zunahme der
 deutschen Ausfuhr recht deutlich hervortreten. Ramentlich
 daß sich die Fertigaufenausfuhr wesentlich gebessert. In
 obigen Zahlen sind die Reparationsauslieferungen nicht
 enthalten, so daß bei ihrer Hinzurechnung noch ein besseres
 Bild entsteht. Die Ausfuhr der ersten Monate dieses

Jahres ist durch das abnorme Winterwetter ungünstig be-
 einflußt worden. Der Außenhandel des Jahres 1928 dürfte
 nicht nur in Mark ausgedrückt, sondern auch nach dem
 Gewicht der ein- und ausgefuhrten Waren den Stand von
 1913 wieder erreicht haben. Diese Entwicklung geschah
 ohne nennenswerte Hilfe durch die öffentlichen Stellen.
 Der Ruf nach Förderung der Ausfuhr geht aber darauf
 hinaus, daß öffentliche Mittel dafür eingesetzt werden. Nun
 darf allerdings nicht der Eindruck entstehen, als wenn das
 bisher nichts getan habe. Dem ist nicht so. Wir
 erinnern nur an die Kredite, die im Rahmen der Export-
 kreditversicherung nach Ausland eingesetzt wurden. Doch
 die Industrie und der Ausfuhrhandel wünschen, daß die Hilfe
 der öffentlichen Hand künftig wesentlich verstärkt auftritt.

Es erhebt sich nun die Frage, ob auch die Arbeiter-
 schaft die Ausfuhrförderung mit öffentlichen Mitteln als
 notwendig erachtet. Sie hat sicher ein Interesse daran,
 daß der Wirtschaftszustand voll ausgenutzt wird. Von der
 gelangten deutschen Produktion werden ungefähr 20 bis 25 %
 ausgeführt. Eine verstärkte Ausfuhr von Fertigerzeugen
 würde naturgemäß den Arbeitsmarkt entlasten, die Wirt-
 schaftslage erleichtern und für die bessere Verzinsung der
 im Ausland aufgenommenen Gelder sorgen. Das Institut
 für Konjunkturforschung nimmt an, daß die vermehrte
 Ausfuhr der letzten Monate ungefähr 150 000 Arbeiter
 mehr zu beschäftigen vermochte. Eine weitere Steigerung
 würde ähnliche Wirkungen haben. Der Arbeitsmarkt
 würde entlastet und der Produktionsapparat besser aus-
 genutzt werden können. Die Arbeiterschaft kann nicht
 Gegner einer solchen Entwicklung sein. Von den Unter-
 nehmern wird aber in der Regel eine andere Forderung
 nach verbunden, nämlich die, mit jeder Lohnerhöhung
 Schluß zu machen, damit billiger produziert werden kann.
 Zielweise wird sogar eine Ermäßigung der Löhne als ein
 wesentliches Mittel der Ausfuhrförderung betrachtet. Es
 kann natürlich keine Rede davon sein, Ausfuhrförderung
 mit Hilfe von niedrigen Löhnen zu treiben. Eine Forde-
 rung solcher Art wird von uns entschieden bekämpft.

Gleichzeitig ist auch daran zu denken, daß der Binnen-
 markt den allergrößten Teil der deutschen Produktion auf-
 nimmt. Es wird niemand behaupten wollen, daß der
 Binnenmarkt soweit gestärkt ist, daß er nicht mehr auf-
 nahmefähig ist; vielmehr wenn man die vorhandene Kauf-
 kraft ins Auge faßt. Anders steht aber das Bild aus,
 wenn man nicht die künstlich gedrosselte Kauf-
 kraft, sondern die wirkliche Konsumfähigkeit in das
 Blickfeld der Betrachtungen zieht. Ein lehrreicher Ver-
 gleich fällt uns hierbei ein: Einer der Hauptfrüher der Aus-
 fuhrförderung ist der Porzellanindustrielle Geheimrat
 Rosenthal. Die deutsche Porzellanindustrie hat bei
 ihren anerkannten Qualitätsereignissen manches Absatzfeld
 im Ausland verloren, weil andere Länder, teilweise
 gefördert durch niedrige Löhne, billiger zu liefern vermoch-
 ten. Die deutsche Porzellanindustrie hat aber auch im
 Innern zu verlieren versucht. Dabei wurde eine Statistik
 veröffentlicht, daß der deutsche Porzellanverbrauch je
 Kopf und Jahr durchschnittlich 1,4 beträgt, während die
 skandinavischen Länder je Kopf für 8,4 Porzellan jährlich
 verbrauchen. Angefaßt dessen liegt es doch wirklich nahe,
 daß man in erster Linie im Innern des Landes den Absatz
 zu erweitern versucht, die Bemühungen nach Steigerung
 der Ausfuhr kämen erst in zweiter Linie. Warum in die
 Ferne schweifen, wenn das Gute doch so nahe liegt?

Despaß sind die Gemerkschaften der Meinung, daß
 die Steigerung des Absatzes im Inland durch Hebung
 der Kaufkraft nicht zurückzuführen darf. Wir an-
 erkennen die Bemühungen, die verstärkten Anstrengungen
 der andern Industriestaaten zwecks Ausfuhrförderung durch
 eine gleiche Aktivität mitzumachen. Aber immer muß
 dabei vorangetragen, daß die deutsche Wirtschaft in erster
 Linie beruhen ist, den deutschen Käufer mit billigen und
 guten Waren zu versorgen.

Hohe Brot- und Fleischpreise im Innern.

Das Agrarproblem steht gegenwärtig im Mittelpunkt
 der öffentlichen Auseinandersetzungen. Die Preise, die
 die Bauern für ihre Produkte bekommen, sind oftmals
 niedrig. Zwar merken die städtischen Verbrauchergruppen
 nicht allzuviel davon. Auf dem langen Wege bis zum
 Konsumenten verlieren sich die Produkte derartig, daß
 man nicht von niedrigen Lebensmittelpreisen sprechen kann.
 Der Zwischenhandel in Brot- und Viehprodukten, die
 Welterverarbeiter, die Labensschlächter und Bäckereimeister
 und was sich da alles dazwischen schiebt, sorgen mit ihren
 Aufschlägen dafür, daß die breite Masse der Bevölkerung
 nicht Pächner der niedrigen Preisstellung für landwirt-
 schaftliche Grundprodukte wird.

Seit langem versuchen die landwirtschaftlichen Orga-
 nisationen höhere Preise für Agrarprodukte zu erzwingen.
 Ganze Rubel von Getreide und Leguminosen haben sich auf
 das flache Land ergossen, um aus der Unzufriedenheit der
 Landbevölkerung Kapital zu schlagen. Eine tiefe Mis-
 stimmung ist die Folge. Kein Zweifel, auf dem Lande
 geht es sehr stark! Nun kommen die landwirtschaftlichen

Spitzenorganisationen und machen einen Vorstoß nach der
 Richtung, die Gesehung zugunsten der Landwirtschaft
 einzusetzen. Der Reichsregierung wurde ein Programm
 überreicht, das die Interessen der Führer der Spitzen-
 organisationen trägt. Dieses Programm überdeckt alles,
 was man bisher von dieser Seite zu hören gewohnt war.
 Neben den Führern der Großagrarien Schiele und
 Brandes sind die Forderungen auch von den Herren
 Fehr und Hermes unterzeichnet. Das auch der
 Name des letzteren dabei nicht fehlt, gibt der ganzen Ge-
 schichte einen unangenehmen Beigeschmack. Denn der
 Hermes ist der Leiter der deutschen Verhandlungskom-
 mission zur Vorbereitung des deutsch-polnischen Handels-
 vertrages. Trotz jahrelanger Verhandlungen ist es bisher
 nicht möglich gewesen, mit Polen in ein Vertragsver-
 hältnis zu kommen. Nach wie vor vergiftet ein mit aller
 Schärfe geführter Zollkrieg die Atmosphäre. Das Hermes
 die uralten Forderungen der Agrarverbände mit unter-
 zeichnet hat, schließt das Zustandekommen des deutsch-
 polnischen Handelsvertrages noch weiter hinaus, falls die
 Regierung nicht endlich einmal dazu übergeht, einen andern
 Verhandlungsführer zu bestimmen.